



WEED Infokit

Entwicklungsländer in Westafrika im Spannungsfeld zwischen multilateraler und bilateraler Handelspolitik

fact sheet 8

Industrieproduktion in Westafrika

weed

Der Anteil des sekundären (oder verarbeitenden) Sektors am BIP ist im Durchschnitt in den westafrikanischen Staaten schwächer als der Anteil von Landwirtschaft und Dienstleistungen (vgl. fact sheet 1 „Sozioökonomische Grunddaten“). Nur in wenigen Ländern macht er mehr als 20 Prozent des BIP aus. Nach Angaben der UNECA waren dies 2004 Burkina Faso, die Kapverden, Ghana, Guinea, Mali, Senegal und Togo. Unter 10 Prozent liegen die offiziellen Angaben in Gambia und Liberia. Da der verarbeitende Sektor vermutlich am stärksten von der offiziellen Statistik abgedeckt wird, könnte der reale Anteil noch geringer liegen.

Entwicklung 2004

Senegal ist im regionalen Vergleich ein Beispiel für ein relativ stark industrialisiertes Land, die Aktivitäten konzentrieren sich auf Baumaterialien, Chemikalien, Textil- und Lebensmittelverarbeitung. Die Textilbranche hat jedoch mit Importen gebrauchter Kleidung aus der EU und, besonders seit Anfang 2005, mit sehr preisgünstigen chinesischen Produkten zu konkurrieren. In Ghana konnte der verarbeitende Sektor 2004 nicht an die hohen Wachstumsraten im Vorjahr anknüpfen. Relativ dynamische Industrien bleiben Ölverarbeitung und Zementproduktion. Das von der Regierung propagierte ehrgeizige Ziel, bis 2007 einen Anteil des verarbeitenden Sektors von 37 Prozent zu erreichen, wird unter diesen Vorzeichen voraussichtlich nicht

realisiert werden können. Dennoch sind die gesetzten Anreize zur Stärkung privater Unternehmen und der Produktdiversifizierung in Ghana stärker als im regionalen Durchschnitt. In Burkina Faso macht die Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte den Großteil des sekundären Sektors aus. Während die Baubranche vor allem in der Hauptstadt Ouagadougou einen Boom erlebt, lag die Reifenindustrie wegen der fehlenden Gummilieferungen aus Côte d'Ivoire in Folge der dortigen politischen Krise (vgl. fact sheet 1 „Sozioökonomische Grunddaten“) fast vollkommen brach. In Côte d'Ivoire selbst nahm die im regionalen Vergleich gut diversifizierte industrielle Entwicklung nach der Rezession 2003 nur langsam wieder Fahrt auf. Bei den Unruhen in Abidjan im November 2004 wurden rund 80 Unternehmen zerstört.

Die NAMA-Verhandlungen

Der verarbeitende Sektor in westafrikanischen Ländern wird sich in Bälde einer verschärften Konkurrenz von Produkten aus den Industrieländern ausgesetzt sehen, sollten die Verhandlungen über den Marktzugang für nicht-agrarische Güter (NAMA) bei der WTO-Ministerkonferenz in Hongkong im Sinne der entwickelten Länder abgeschlossen werden können. NAMA umfasst alle Industriegüter, aber auch die Bereiche Fischerei, Forstwirtschaft und Mineralien, also alle Güter, die nicht im WTO-Agrarabkommen von 1995 geregelt sind. Das Verhandlungsmandat

stammt aus der Doha-Deklaration der Minister von 2001. Ziel der NAMA-Verhandlungen ist es, Handelshemmnisse – besonders Zölle – abzubauen und freien Marktzugang für Industriegüter zu schaffen. Die EU und die USA sind die handelspolitischen Akteure, die in diesem Bereich den stärksten Druck ausüben. Aus entwicklungspolitischer Perspektive ist dieses Insistieren auf Markttöffnung für Industrieprodukte besonders deshalb angreifbar, weil viele Länder bereits mit der Liberalisierung im Rahmen von Strukturanpassungsmassnahmen von Weltbank und IWF erfahren mussten, wie negativ sich die Konkurrenz aus der OECD auswirken kann. So brach in Côte d'Ivoire der verarbeitende Sektor in den Bereichen Chemikalien, Textil und Automobilproduktion praktisch völlig zusammen, als die Zölle 1986 um 40 Prozent gesenkt wurden.

Die Formel-Debatte

Ziel der NAMA-Verhandlungen ist es, die Industriezölle insgesamt möglichst stark zu senken. Hierzu sind zwei Instrumente vorgesehen: eine – momentan noch umstrittene – Zollsenkungsformel und sektorelle Einigungen. Mit dem zero-to-zero-Approach sollen damit in bestimmten Sektoren die Zölle komplett fallen. Die zur Zeit verhandelte Zollsenkungsformel, die sogenannte Schweizer Formel, würde für alle Mitglieder der WTO gelten – mit Ausnahme der LDCs und weniger Schwellenländer. Diese Formel bedeutet

neben großen Einschnitten für hohe Zölle eine Nivellierung von Zollspitzen. Sie wurde gegen eine Formel durchgesetzt, die von Ländern wie Brasilien und Indien favorisiert wurde und unterschiedliche Koeffizienten und Variablen für Entwicklungs- und Industrieländer vorsah. Problematisch daran ist die Tatsache, dass z.B. 70 Prozent Zollsenkung von einem hohen Niveau (in Entwicklungsländern) massive Einnahmeverluste und starke Marktöffnung bedeuten, während die gleiche prozentuale Reduktion von einem niedrigen Niveau (in Industrieländern) sich kaum bemerkbar macht.

Verhinderte Armutsbekämpfung

Auch im Kontext der von sämtlichen internationalen Organisationen geforderten Armutsbekämpfung, von der UNO als Millennium-Entwicklungsziel (MDG) festgeschrieben, erscheint die Marktöffnung kein adäquates Mittel zu sein. Dies gilt um so mehr, als die westafrikanischen Länder keine leistungsfähigen staatlich finanzierten sozialen Sicherungssysteme besitzen. Senegal verlor in der Folge eines breit angelegten Liberalisierungsprogramms der 80er Jahre ein Drittel der Arbeitsplätze im verarbeitenden Sektor. Ghana büßte im Rahmen seiner Marktöffnung zwischen 1987 und 1993 rund 60 Prozent der Arbeitsplätze in der verarbeitenden Industrie ein.

Somit erscheinen die NAMA-Verhandlungen für Westafrika als ernstzunehmende Bedrohung ihrer sich im Aufbau befindlichen Industrien. Eine erfolgreiche Integration in den Weltmarkt ist beim gegenwärtigen Entwicklungsstand durch eine weitere Öffnung nicht zu erwarten, vielmehr droht eine massive Deindustrialisierung. Zu diesem Ergebnis kommt auch eine von der Europäischen Kommission in Auftrag gegebene

Studie über die Auswirkungen von bilateralen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs), die wie die WTO eine starke Marktöffnung des verarbeitenden Sektors fordern. Dieses Sustainability Impact Assessment kommt für Westafrika zu dem Schluss, dass sich der industrielle Niedergang, der durch bisherige Importe u.a. aus der EU bereits feststellbar ist (vgl. fact sheet 7 „Landwirtschaft und Agrarexporte“), durch EPAs noch deutlich verschärfen würde. Im Gegenteil wird es nicht in nennenswertem Maßstab zu Industriemporten Westafrikas in die EU kommen. Ausnahme könnte hier allenfalls teilweise konkurrenzfähige Produkte aus Nigeria sein.

Darüber hinaus ist fragwürdig, wie sich die Liberalisierungsforderungen mit Unterstützungsmassnahmen anderer internationaler Organisationen vertragen. So finanziert das UN-Sonderprogramm für industrielle Entwicklung (UNIDO) seit rund 15 Jahren in Westafrika Projekte, die dem verarbeitenden Sektor Auftrieb geben sollen. Zwar sind diese teils auf Weltmarktbedingungen zugeschnitten, wenn etwa in Nigeria die Klassifizierung von Gütern nach der ISO-Norm gefördert wird. Die Bemühungen anderer Projekte, wie die Fortbildung von Frauen und die Stärkung von Kleinunternehmen, könnten dagegen konterkariert werden, wenn diese wirtschaftlichen Akteure durch NAMA ihre Existenzgrundlage einbüßen.

Positionen der Zivilgesellschaft

In einem Memorandum anlässlich des Treffens der Handelsminister der Afrikanischen Union in Kairo im Juni 2005 nahmen Vertreter der afrikanischen Zivilgesellschaft Stellung zu den Liberalisierungsforderungen im Bereich NAMA. Für Westafrika waren NGO-Vertreter aus Se-

negal und Guinea beteiligt. In dem Papier wird auch auf die bereits in der Praxis erprobten Zollsenkungen im Rahmen neoliberaler Strukturanpassungsmassnahmen und deren negative Folgen für die einheimischen Industrien Bezug genommen.

Der momentan den Verhandlungen zugrundeliegende Derbez-Text (Anhang B des WTO-Rahmenabkommens von Juli 2004) wird als einseitig auf Interessen der entwickelten Länder ausgerichtet abgelehnt. Trotz wiederholter Änderungsvorschläge von Ländern des Südens seien diese weitestgehend ignoriert worden. Die NGO-Vertreter forderten die AU-Handelsminister auf, in den Verhandlungen hart zu bleiben und Art und Ausmaß von Zollsenkungen in Einklang mit lokalen Entwicklungsprioritäten selbst zu bestimmen. Eine Schweizer Formel mit einem einheitlichen Koeffizienten für alle Länder und Produktgruppen lehnen sie ab. Akzeptabel sei allenfalls ein Ansatz wie in der Uruguay-Runde, in der eine durchschnittliche Zollsenkung angestrebt wurde, die afrikanischen Staaten aber selbst besonders schutzbedürftige Produktgruppen bestimmen konnten.

November 2005

Zum Weiterlesen: Broschüre „Das NAMA-Drama: Wie die WTO-Verhandlungen über Industriegüter Umwelt und Entwicklung bedrohen“, zu bestellen unter:
www.weed-online.org/publikationen/bestellung/index.html

Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung (WEED), Torstr. 154, 10115 Berlin, Germany,
Tel.: +49-30-27582163, E-Mail: weed@weed-online.org, www.weed-online.org

* Gefördert von der InWEnt gGmbH aus Mitteln des BMZ *